Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 235 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Mittwoch, den 28 November 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpfg. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Aus Washington wird gemeldet, die Regierung habe eine Anzahl Sachverständige beauftragt, ein Anleiheprojekt zugunsten Deutschlands auszuarbeiten.

* Der Reichspräsident hat den früheren Reichsschatzminister Dr. Albert mit der Kabinettsbildung beauftragt.

* Abgeordneter Erkelenz machte in Elberfeld bemerkenswerte Darlegungen über die geplante Bildung eines Selbstverwaltungskörpers für das besetzte Gebiet im Westen.

* Die Versammlung der rheinisch-westfälischen Industriellen in Unna stimmte dem mit den Franzosen geschlossenen Industrievertrag zu.

Die 400 Unverantwortlichen.

Dreimal vierundzwanzig Stunden sind seit dem Sturze Stresemanns vergangen und in diesen dreimal vierundzwanzig Stunden sind mehrere Bäckerdutzend Abgeordnete als Ministerkandidaten, sind sicher ein weiteres Dutzend Persönlichkeiten als Anwärter auf den Posten des Reichskanzlers genannt worden. Wie das jedesmal, wenn in Deutschland ein Kabinett gestolpert ist, der Fall zu sein pflegt.

Liegt es im Wesen des Parlamentarismus überhaupt oder nur des deutschen Parlamentarismus, daß er innere Krisen nicht bewältigen kann? Paßt uns dieses Kleid nicht, daß wir im Oktober 1918 übergezogen haben, hindert es uns am Gehen? Nicht mit Unrecht hat man von den „400 Unverantwortlichen", nämlich den Mitgliedern des Reichstages gesprochen und bezeichnend dafür, daß dieses bittere Wort einen großen Kern von Wahrheit enthält, scheint die Gewohnheit zu sein, immer nur über die Stellung der Parteien zu diesem und jenem Problem oder, wie jetzt, zu einer Regierungskrise zu sprechen, aber nicht von der Stellung der Persönlichkeiten. Die Partei — das ist das Unpackbare, ist der Wandschirm, hinter dem sich das einzelne Mitglied versteckt, die Fraktion entscheidet — mit Stimmenmehrheit — über Ablehnung oder Annahme dessen, was von außen an sie herantritt. Und die Partei — die deutsche allerdings nur — hat ein „Programm", das unter allen Umständen „hochgehalten" werden muß. Vor allem der Wähler wegen. Denn wenn Deutschland ein Parlament hat, über das die Welt den Kopf schüttelt — wie einst vor 150 Jahren über den polnischen Reichstag — dann hat es den Reichstag nur, genau den Reichstag, denes selbst verdient, hat sich das Gewand dieses Parlamentarismus selbst um den Leib gelegt.

Ein kluger Engländer hat einmal gesagt, daß die Mehrzahl der Menschen aus Halb- oder Ungebildeten bestehe, es also Unsinn und zwar ein gefährlicher Unsinn sei, diesen den maßgebenden Einfluß auf die Geschicke des Staates einzuräumen. Noch größer wird aber dieser Unsinn, wenn die Überantwortung jener Verantwortlichkeit ganz plötzlich, sozusagen ohne langjährige, Jahrhunderte dauernde Vorbereitungszeit erfolgt. Derartig konstruierte Demokratien und die daraus entstandenen Parlamente haben nichts wie groben Unfug, ja Verbrechen getrieben. Man denke an die französische Revolution, denke an die Geschichte des deutschen Parlaments von 1848, denke an die Entwicklung in Rußland, aber auch an unsern Reichstag. Schließlich ist doch das Parlament nichts anderes als eine Volksversammlung mit allen ihren Schwächen, unter denen gerade die Verantwortungsscheu, sozusagen der Verlust der Persönlichkeit in diesem Massenstrudel noch das Harmloseste, aber charakterisch ist. Eine Volksversammlung, die, wie jede andere, doch schließlich das Instrument einer einzelnen Persönlichkeit wird — die nur verstehen muß, sie zu knechten durch Befriedigung ihrer Schwächen. Siehe Napoleon, siehe Bismarck! Besonders fruchtlos aber wird jedes Parlament, dessen Parteien von vornherein im Panzer ihrer Grundsätze stecken und denen es bei unerwarteten kritischen Situationen genau so geht wie jenen Rittern in der Schlacht bei Murten, denen durch flinke Schweizerbuben die Pferde erstochen wurden und die nun hilflos und wehrlos in ihren schweren Panzern am Boden lagen.

Fünf Jahre haben vollauf genügt, um uns allen klarzumachen, daß es jetzt wirklich nicht mehr so weiter geht mit diesem Grundsatz unpersönlicher Unverantwortlichkeit, daß jetzt, gerade jetzt die letzte allerletzte Stunde gekommen ist, in der es sich entscheiden muß, ob das Persönliche über jenes Unpersönliche siegen kann. Unpersönlich ist die Atomisierung des Staates, die Bewertung des einzelnen als Körnchen in dem Sandhaufen. Wirklich aber ist nur die Persönlichkeit in dem Kreise, in dem sie steht, dem Beruf, den sie werteschaffend bekleidet. Man muß die Menschen wieder als Glieder eines Ganzen betrachten, nicht mehr als einzelne Sandkörner und muß die Kräfte dort packen, wo sie sind, ihnen den maßgebenden Einfluß auf die Geschicke des Staates einräumen.

Landwirtschaft, Industrie, jede zusammengefaßte, zielbewußte, werteschaffende Arbeit — das sind die wirklichen Kräfte, die gleichzeitig nationale, also staatsbejahende Mächte sind. Nicht die Parteien mit den vieldeutigen Programmen. Darum gebe man jenen die Aufgabe, die Krise zu lösen, nicht diesen. Dr. Pr.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Beamte und Beamtenabbau.

Die Spitzenorganisationen der Beamten traten erneut zu einer Beratung über den Personalabbau zusammen. Die mehrstündige Besprechung ergab Einmütigkeit dahin, sofort gemeinsame Schritte in der Richtung zu unternehmen, daß die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Personalabbauverordnung aufgehoben und an deren Stelle eine gesetzliche Regelung herbeigeführt wird. Mit der Ausführung der einstimmig gefaßten Beschlüsse wurde ein sofort eingesetzter Ausschuß beauftragt.

Milderung des bayerischen Presseverbots.

Der Generalstaatskommissar hat für das rechtsrheinische Bayern folgende Verfügung getroffen: Die Anordnung vom 11. November 1923 über die Verbreitung staatsgefährlicher Druckschriften wird aufgehoben, soweit sie das Erscheinen von Zeitungen und Zeitschriften, die von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei herausgegeben sind oder sozialistische Ziele verfolgen, allgemein verbietet. Die Kreisregierungen sind ermächtigt, zu bestimmen, welche dieser Zeitschriften wieder erscheinen dürfen. Die Erlaubnis hierzu kann unter bestimmten Auflagen erteilt werden.

Schieberverkehr nach dem Westen.

Alle Fraktionen des Reichstages haben wegen der unerträglichen Zustände in den Schnellzügen auf den nach Westen führenden Eisenbahnlinien eine Anfrage an die Regierung gerichtet und um Abhilfe ersucht. In der Anfrage heißt es u. a.: Infolge der verschiedenen Bewertung des Dollars hat sich wieder ein lebhafter Schieberverkehr, namentlich von Ausländern, entwickelt. Diese nehmen mit ihrem weiblichen Anhang namentlich die Abteile erster Klasse in Anspruch, zum Teil mit Fahrkarten niedrigerer Wagenklassen. Es kommt vor, daß soche Ausländerabteile, auch wenn Plätze frei sind, vom Zugpersonal als besetzt bezeichnet und deutsche Fahrgäste so zum Stehen in den Gängen genötigt werden. Auch die bahnpolizeilichen Bestimmungen, wie das Rauchverbot, werden vielfach den Ausländern gegenüber nicht durchgeführt. Beschwerden des deutschen Publikums über diese Zustände finden häufig nicht nur keine Unterstützung bei dem Bahnpersonal, sondern stoßen auf Ablehnung, ja auf drohende Haltung."

Zustimmung zum Industrievertrag.

In der Sonntagsversammlung der Bergwerksdirektoren des Ruhrkohlenbergbaues in Unna hat die Kommission den mit den Franzosen abgeschlossenen Mantelvertrag vorgelegt. In der Erörterung wurden von allen Seiten die größten Bedenken gegen die ganz ungeheuerliche Belastung laut, und zwar nach der Richtung, ob die Eingriffe in den Betrieb der Werke die für den Betrieb unbedingt erforderliche Handlungsfreiheit gewähren. Es kam auch zum Ausdruck, daß, wenn trotzdem in der nächsten Zeit eine große Anzahl der Werke bindende Abschlüsse treffen werden, dies ausschließlich aus der Überlegung heraus geschieht, daß die Verhältnisse an Rhein und Ruhr für die deutschen Angestellten und Arbeiter und für die gesamte Bevölkerung einfach unerträglich geworden sind. Aber die Bindung der gegenseitigen großen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands könne allein die Befriedung Europas herbeiführen. Nur wenn diese erfolge, werde Vertrauen und Sicherheit zurückkehren.

K. P. D. ins Ausland.

Eine Berliner Korrespondenz macht über die Stellungnahme der Kommunistischen Partei Deutschlands zu dem Verbot durch General v. Seeckt die Mitteilung, daß die Partei bestehen bleibe. Beschlossen sei: „Alle bisherigen Funktionäre der Partei sind ihrer Posten enthoben. An die Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium, das die Leitung der Partei übernimmt. Der Sitz des Direktoriums wird ins Ausland verlegt. Die Mitgliederbücher und Beitragsmarken wie alle Parteiausweise werden für ungültig erklärt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft wird auf illegalem Wege durchgeführt. Wer an der Partei zum Verräter wird oder wer sich als Spitzel in die Reihen der Partei schleicht, hat sein Leben verwirkt und verfällt der revolutionären Parteijustiz.

Die militärische Kontrollkommission.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Observer" schreibt, die interalliierte Militärkontrollkommission werde Anfang dieser Woche in Berlin zusammentreten. Eine Antwort auf die beiden Noten der Botschafterkonferenz durch die deutsche Regierung werde nicht erwartet. Englands Politik bezwecke, sicherzustellen, daß kein Versuch gemacht werde, eine Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich keine Berliner Regierung irgendeine wirksame Autorität ausüben könne. Nach britischer Ansicht würde es ein Hohn sein, Unmögliches von Deutschland zu fordern.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Weltkrieges, über die Gründe des Zusammenbruchs, über die Völkerrechtsverletzungen und über die Gefangenenbehandlung sind nunmehr ihrem Abschluß nahe und werden in einer Reihe von Bänden zur Ausgabe gelangen.

Hamburg. Hier wurden 42 Personen unter dem Verdacht festgenommen, rechtsgerichteten bewaffneten Organisationen anzugehören. Da man aber nur eine Pistole bei ihnen fand, wurden sie wieder freigelassen.

München. Generalstaatskommissar Dr. von Kahr hat für München ein sofort in Kraft getretenes Verbot des Automobilverkehrs in der Zeit von 1 bis 5 Uhr nachts erlassen, das bei Zuwiderhandlungen strenge Strafen vorsieht. Ärzte und Behörden werden davon nicht betroffen.

Düren. Die Bevölkerung hat den Versuch gemacht, sich der Sonderbündler zu entledigen. Es kam zu Kämpfen, bei denen mehrere Personen getötet wurden. Den schwer bewaffneten Sonderbündlern gelang es, sich in ihren Stellungen zu behaupten.

Rom. „Messagero" zufolge ersuchte Italien Poincaré um eine Aufklärung über die Ruhrverhandlungen und verlangte direkte Teilnahme Italiens. Poincaré antwortete, die italienische Kohlenquote solle von fünfzehn auf achtzehn Prozent erhöht und Italien künftig zu den Verhandlungen zugezogen werden.

Die Regierungskrise.

Kabinettsbildung durch Dr. Albert?

Berlin, 26. November.

Die Verhandlungen, die der vom Reichspräsidenten zunächst mit der Kabinettsbildung beauftragte Abgeordnete v. Kardorff eingeleitet hatte, zerschlugen sich alsbald. Weder bei den Deutschnationalen noch bei der eigenen Partei, der Deutschen Volkspartei, fand Herr v. Kardorff besondere Gegenliebe und so verzichtete er und gab den Auftrag an den Reichspräsidenten zurück. Dieser wandte sich nun in einem Schreiben an den früheren Reichsschatzminister Dr. Albert, in dem dargelegt war, daß es zurzeit unmöglich erscheine, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands sei aber so ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub dulde, deshalb müsse Dr. Albert seine Bedenken zurückstellen und die Bildung der Regierung übernehmen.

Dr. Albert übernahm denn auch nach einer persönlichen Besprechung mit Herrn Ebert die schwierige Aufgabe. Im Laufe des Sonntag hatte der Reichspräsident Unterhaltungen mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Brauns und Dr. Geßler gepflogen, die ihn in seinem bei den Parteien ziemlich überraschenden Beschlusse bestärkt haben sollen. Die Parteien hatten sich schon vor dem Sturz Stresemanns ziemlich ablehnend zu der Kandidatur Dr. Alberts verhalten, deshalb war die Absicht fallen gelassen worden. Man hatte jetzt zunächst Fühlungnahme des Präsidenten mit den Sozialdemokraten und da diese von vornherein kaum zur Kabinettsbildung geneigt schienen, nachher bei den Deutschnationalen als der zweitstärksten Oppositionspartei gegen Stresemann erwartet.

Herr Dr. Albert soll hoffen, wie heute abend verlautet, bis morgen sein Kabinett fertigzustellen, obwohl sich namentlich in den beiden Rechtsparteien schon stärkerer Widerstand gegen Dr. Albert bemerkbar mache. Er soll beabsichtigen, den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen zu verwandeln und Neigung haben, seine Regierung auch durch sozialdemokratische Minister zu vervollständigen.

Es verlohnt sich nicht, auf alle die Kombinationen, Gerüchte und Namensnennungen einzugehen, die heute den mehr wie an manchen sonst großen Sitzungstagen bewegten Reichstag und die Öffentlichkeit durchschwirrten. Hervorzuheben war die verbreitete Annahme, daß Reichswehrminister Geßler möglicherweise durch General Seeckt ersetzt werden würde, man spricht auch von der Zusammenlegung der wirtschaftlichen Ministerien in einer Hand.

Der Streit um die Kabinettsbildung.

Berlin, 27. Nov. Bisher ist es auch Minister Albert nicht gelungen, ein Kabinett zu bilden. Nach Parteimeldungen kommen auch Kabinettsmöglichkeiten unter Dr. Jarres, Marx und Stresemann in Frage.

Marx in Bereitschaft.

Berlin, 27. Nov. Der Berliner Börsenkurier will wissen, daß für den Fall des Nichtzustandekommens eines Kabinetts Albert das Zentrum die Iniative zur Bildung der neuen Regierung übernehmen würde. Es wird dabei an ein Kabinett Marx gedacht, der zur Kabinettsbildung aber nur bereit sein dürfte, wenn er die Zusage Dr. Stresemanns erhält, das Außenministerium zu übernehmen.

Ein Besuch im Ruhrgebiet.

„Das dumme barbarische Verbrechen."

Eine holländische Stimme über die durch Frankreichs Politik herbeigeführte Lage im Ruhrgebiet ist besonders bezeichnend. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt: „Ein Besuch im Ruhrgebiet erweckt das Gefühl der Beschämung über das, was das gegenwärtige Europa in diesem Lande begangen hat. Liest man, nach Hause gekommen, die letzten Reden von Jaspar und Poincaré, dann überlegt man schaudernd, in welchem Maße man es heutzutage fertig bringt, sich selbst und die Völker irre zu führen. Vergleicht man diese Zustände mit dem, was in ein paar Hauptstädten darüber bekanntgegeben wird, so bekommt man den Eindruck, daß das moralische Gefühl der Völker nicht besonders groß ist. Wenige hundert Kilometer von den betreffenden Hauptstädten können Dinge geschehen, die die dafür verantwortlichen Völker, wenn erst ihre Verblendung gewichen ist, als ein dummes barbarisches Verbrechen betrachten werden, wenn auch gegenwärtig kein Gefühl für die tatsächliche Lage zu den Parlamenten durchzudringen scheint. Wenn das französische Volk die Wahrheit wüßte, so würde niemand, der seine Geschichte kennt, daran zweifeln, wie es regiert wird. Aber es weiß nichts von diesen Dingen, weil die französische Presse aus eigener Initiative dem Volksbewußtsein die Tatsachen so verheimlicht, wie dies keine offizielle Zensur tun könnte. Ist es ein Wunder, daß es im Ruhrgebiet immer wieder zu Ausbrüchen der Ungeduld und der Verzweiflung kommt? Plünderungen sind alle Tage Straßenereignisse. Täglich fallen Tote im besetzten Gebiet. Dinge, die vor zehn Jahren in der ganzen Welt Verblüffung erregt haben würden, gelten jetzt nur als kleine Neuigkeit. Trotzdem kann man sagen, daß das Volk im Ruhrgebiet in großer Selbstbeherrschung verhungert."

Ein Direktorium im Westen.

Die Aufklärungen des Abg. Erkelenz.

Elberfeld, 26. November.

Auf dem außerordentlichen Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei sprach der Reichstagsabgeordnete Erkelenz über die besetzten Gebiete und machte dabei außerordentlich interessierende Angaben zu den bestehenden Plänen. Abg. Erkelenz glaubt in großen Zügen darlegen zu können, was in den Verhandlungen mit dem französischen Vertreter Tirard besprochen werden soll und was von diesem bereits angenommen sei.

Es solle über die Frage beraten werden, die besetzten Gebiete im Rahmen eines Verordnungskörpers zusammenzufassen, der auch über die Provinzen und Staatsgrenzen, über Westfalen, Hessen usw. hinübergreift. An die Spitze dieses Zweckverbandes tritt ein zwei- bis fünfköpfiges Direktorium. Dahinter steht zunächst ein Ausschuß, der gewissermaßen der Berater dieses Direktoriums ist. Dieses Direktorium hat die Aufgabe, einerseits mit den Franzosen, andererseits mit dem Deutschen Reiche alle die Verhandlungen zu führen, die notwendig sind, um wieder Ordnung zu schaffen.

Voraussetzung dafür ist 1. eine Regelung der Finanzen; ein solches Gebilde muß Finanzhoheit, also eine eigene Steuer, haben, 2. muß dieses Gebilde die Verwaltung ordnen. Die Verwaltung muß wieder mit den ersten Kräften besetzt werden, die in der Hauptsache ausgewiesen worden sind. Aufgabe des Direktoriums wird deshalb sein, auf die Rückkehr der Ausgewiesenen hinzuarbeiten oder, soweit dies nicht möglich ist, auf die Neubesetzung der betreffenden Ämter bedacht zu sein. Im übrigen hätte dieses Direktorium das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat in seinem Gebiet treffen kann. Es würde gewissermaßen die Souveränität des Reiches, und der Länder für die Zeit, in der hier der Zwangszustand herrscht, auf dieses Direktorium übertragen werden. Trotz eines gewissen Widerstandes, der vielleicht in Westfalen am größten ist, muß man zusammen vorgehen. Das Entscheidende ist, daß wir vor

der Schaffung eines Selbstverwaltungskörpers

im besetzten Gebiet stehen. Wenn auch nicht an ein Ausscheiden aus Preußen oder dem Reiche gedacht wird, sondern eine reine Zusammenfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen beabsichtigt ist, enthält doch diese Situation eine politisch ganz außerordentliche Bedeutung. Trotz des Zweckverbandes ist die politische Gefahr immer noch sehr groß und wird um so größer, je selbständiger dieses zu schaffende Gebilde wird. Wir haben meines Erachtens uns immer mit Recht gesträubt gegen die Möglichkeit einer Abtrennung von Preußen, solange die Besetzung besteht. Es wird den Franzosen nicht schwer fallen, in diesem Gebilde ihren Einfluß geltend zu machen. Aber die Dinge sind so, daß wir zwischen dieser Möglichkeit zu wählen haben, und der

Millionen der Bevölkerung gegeneinander losgehen und sich gegenseitig auffressen zu lassen.

Um die Bevölkerung vor dem Allerschlimmsten zu bewahren, muß der erste Weg beschritten werden. Ich werde deshalb vorschlagen, daß wir uns dahingehend erklären, daß wir unter dem Zwange der Umstände und vor der Gefahr des Verhungerns und der Verelendung uns mit diesem Schritt einverstanden erklären in dem Bewußtsein, daß die deutsche Bevölkerung am Rhein deutsch ist und bleiben wird, auch wenn die Form des Staates wechselt.

Weder heute noch morgen Sanktionen!

Englische Erklärung.

Bei der Besprechung der Verhandlungen in der Botschafterkonferenz stellt das Pariser „Journal" fest, daß Poincaré als Maßnahme in der Angelegenheit der Militärkontrolle sofortigen Zwang vorgeschlagen habe. Dieser Plan habe am 19. 11. aufgegeben werden müssen, weil Unterstaatssekretär Sir Eyre A. Crewe an diesem Tage dem französischen Botschafter erklärt habe, England wolle keine Sanktionen weder heute noch morgen noch jemals.

Verantwortlich!

Das Todesurteil über Deutschland.

Unter dem Vorsitz des Pfarrers Dr. Gustav Benz hat sich in Basel ein Initiativkomitee gebildet, das in den Zeitungen zu einer Protestkundgebung gegen die fortgesetzte Vergewaltigung Deutschlands durch die Siegermächte auffordert. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Die unterzeichneten Schweizer Bürger erheben ihre Stimme aus schwerer seelischer Bedrückung darüber, daß der Krieg, den sie beendet glaubten, in einer neuen Form wütet, gegen das besiegte deutsche Volk, das vor allem in den besetzten Gebieten einer unablässigen Vergewaltigung preisgegeben ist. Es vollzieht sich eine ungeheure Verelendung und Versklavung des deutschen Volkes. Eine Auflösung Deutschlands aber bedeutet nicht Sicherheit, sondern den Zusammenbruch Europas. Aus den neutralen Ländern geschieht das Menschenmögliche, um die fürchterliche Not zu lindern, aber sie wächst ins Riesengroße und, was noch grauenvoller ist, sie wird stets neu erzeugt. Allen Anstrengungen des gepeinigten Volkes um erträglichere Lebensbedingungen setzen seine Besieger bis jetzt ein grausames Nein entgegen. Es ist, als ob ein übermächtiger Vernichtungswille das Todesurteil über dieses Volk gesprochen hätte und es nun langsam an seinem Opfer vollzöge.

Eine ungeheure Verantwortung legt sich auf alle, welche diesen Zuständen noch länger stumm und stumpf zusehen. Mögen sich die einen und anderen unter den Siegesmächten als „desinteressiert!" erklären. Vor Gott und der Geschichte sind und bleiben sie verantwortlich für die aller Menschlichkeit spottende Quälerei eines wehrlosen Volkes."

Der Separatisten-Skandal.

„Eine Bande von Verbrechern und Verrückten."

Zu der dem Separatistentreiben im Rheinland begünstigenden Haltung Frankreichs bemerken die Londoner „Times" in einem längeren von Ort und Stelle geschriebenen Aufsatz, so gut wie überall seien außerhalb der britischen Zone die hohen Beamten ausgewiesen worden, so daß keine reguläre Verwaltung mehr bestehe. Das ganze Land sei einer Bande von Verbrechern und Verrückten ausgeliefert, die es für ihren eigenen Vorteil im Namen einer unabhängigen Rheinlandrepublik ausbeuteten. Diese Leute gäben Papiergeld ohne irgend welche Deckung aus, so daß das finanzielle Chaos weit schlimmer sei, als es je sonst gewesen wäre, raubten und requirierten ungestraft und terrorisierten alle Personen, gleichviel in welcher Stellung, die versuchten, sich ihnen zu widersetzen.

Die Franzosen geben unter dem Anschein ihrer Neutralität tatsächlich den Separatisten freie Hand, jede Gewalttat oder Ungesetzlichkeit zu begehen, die sie begehen wollten, und versuchen so auch den loyalen Deutschen klarzumachen, daß sie aus ihrer Lage nur entkommen könnten, indem sie sich vom Reiche abkehren; dem Bürgermeister einer Stadt in der Pfalz, der vor kurzem den Schutz des örtlichen französischen Offiziers nachsuchte, als die Separatisten sein Leben bedrohten, wurde zum Beispiel von dem Offizier erklärt: „Sie müssen sich für dies oder das andere entscheiden. Ich werde Ihre Sicherheit zwei Wochen lang garantieren. Wenn Sie sich bis dahin nicht entschlossen haben, werde ich nicht verantwortlich sein, wenn Sie gehängt werden."

Der Verfasser des Artikels fragt, welche Rolle Großbritannien bei der Neubildung Europas spiele. Die Verhandlungen würden geleitet durch das Haupt der Rheinlandkommission, in der Großbritannien vertreten sei, und zwar für ein Gebiet, von dem Großbritannien hoffe, Reparationen zu erhalten, und von dem ein Teil unter der Obhut britischer Truppen stehe. Die britischen Interessen würden direkt berührt werden, wenn ein Staat aus Deutschland herausgelöst werden sollte; eine solche Aktion würde Großbritannien in eine Lage bringen, daß seine Handelspolitik von Frankreich diktiert werden könnte.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 28. November 1923.

Wirtschaftsbarometer am 26. November 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Silberankaufspreis	400 milliardenfach
Eisenbahnschlüsselzahl (Goldrechng.)	1000milliardenfach
Fernbrief (20 Gramm)	80 Milliarden
Ortsbrief (20 Gramm)	40 Milliarden
Großhandelsindex (Stichtag 20. 11.)	431 Milliarden
Lebenshaltungsindex (Sticht. 19. 11.)	831 Milliarden
Steuergoldmark (16. 11.)	1000 Milliarden
Schlüsselzahl für Zeitungsanzeigen (ab 22. 11.)	1,4 Milliarden

☐ **Portoerhöhung und Markenmangel.** Aus Anlaß der neuen Erhöhung der Postgebühren hat das Reichspostministerium die Postanstalten angewiesen, die Freimarken vom 26. November ab zum vierfachen Nennwerte zu verkaufen und bei der Freimachung (auch bei Sendungen aus Briefkästen) zum vierfachen Betrage bis Monatsende anzurechnen.

☐ **Der Ersatzbetrag für Postpakete ohne Wertangabe** ist auf 280 Milliarden Mark für je 500 Gramm der ganzen Sendung und für eine eingeschriebene Sendung auf zwei Billionen Mark erhöht. Die neuen Sätze gelten für die vom 20. November ab aufgelieferten Sendungen.

☐ **Polizeiliche Belohnungen in Goldmark.** Der preußische Minister des Innern hat in einem Erlaß angeordnet, daß die Belohnungen für die Aufdeckung von Verbrechen in Goldmark festzusetzen sind. Im Einverständnis mit dem Finanzminister sind die Regierungs- und Polizeipräsidenten berechtigt, selbständig Prämien bis zu 20 Goldmark auszuwerfen. Sollte, so heißt es in der Verfügung, die Aussetzung einer höheren Summe notwendig erscheinen, so ist die Genehmigung unter kurzer Darlegung der Gründe im Ministerium des Innern zu beantragen.

—* Auf die Bekanntmachung betr. **4. Rate der Landabgabe** in heutiger Nummer werden die Interessenten besonders aufmerksam gemacht.

—* **Die Kreisversammlung des Lenne-Volme-Kreises für vereinfachte deutsche Stenographie** (Einigungs-System Stolze-Schrey) findet am Sonntag, 2. Dezember, in Lüdenscheid, in den Räumen der kath. Volksschule, Kölner-Straße statt. Das Wettschreiben in Abteilungen 140 Silben und höher beginnt um 1 Uhr; anschließend 3 Uhr: Geschäftliche Sitzung.

—* **Vorzeitige Steuerzahlungen.** Einzelne Steuerpflichtige haben zum 25. August 1923 gleichzeitig mit der 1. Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe eine Zahlung auf die am 5. Okt. 1923 fällig gewesene 2. Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe geleistet. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob eine solche vorzeitig geleistete Zahlung nur zu ihrem Papiermarkbetrag oder in Höhe ihres Goldwertes auf die 2. Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe anzurechnen ist. Diese Frage ist im letzten Sinne zu beantworten. Nach den zweiten Durchführungsbestimmungen zur Aufwertungsverordnung, die der Reichsminister der Finanzen am 27. Oktober 1923 erlassen hat (veröffentlicht in Nr. 199 des Reichsgesetzblattes, Teil 1) werden Steuerzahlungen, die früher als eine Woche vor Entstehung der Steuerschuld geleistet werden, in Höhe ihres Goldwertes auf die Steuerschuld angerechnet.

—* **Goldumrechnungssatz für Reichssteuern.** Vom 12. Nov. ab wird der Umrechnungssatz für Reichssteuern sämtlichen Postämtern, Postagenturen und Posthilfsstellen mitgeteilt. Bisher stand er den Posthilfsstellen nicht zur Verfügung. Die Schwierigkeiten, die sich für die Landbevölkerung hieraus ergaben, sind nunmehr beseitigt.

—* hk. **Aufhebung der Pressoabgabe.** Wie wir erfahren, werden von einzelnen Exporteuren immer noch Rückvergütungsmarken zur Entrichtung der Presseabgabe geklebt. Deswegen weisen wir nochmals darauf hin, daß die Ausfuhrabgabe für die Presse durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministers aufgehoben ist. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 hat die Reichsregierung verordnet, daß § 3 des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 aufgehoben wird. Die Exporteure sind also von der Ausfuhrabgabe für die Presse allgemein befreit.

× **Halver,** 27. Nov. Laut Bekanntmachung in heutiger Ausgabe werden die vom Amt Halver verausgabten Lohnschecks öffentlich zur Einlösung aufgerufen. Vier Wochen nach Ausgabe dieser Zeitung verlieren dieselben ihre Gültigkeit als Zahlungsmittel.

= **Oberbrügge,** 27. Nov. Nach dem amtlichen Schulblatt wurde der Lehrer Christian Peters zu Ahelle in den Ruhestand versetzt. — Als charakterisches Zeichen der Zeit sei erwähnt, daß 57 Personen ein Erlaubnisschein zur Erteilung von Privatunterricht erteilt wurde.

† **Kierspe,** 26. Nov. Soeben durcheilt die Trauerkunde unseren Ort, daß Herr Sanitätsrat Dr. med. Deisting nach verhältnismäßig kurzer Krankheit das Zeitliche gesegnet hat, eine Kunde, welche nicht allein in unserer Gemeinde, sondern auch weit über deren Grenzen

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

13 Nachdruck verboten.

Schon glaubte er sich getäuscht zu haben, als plötzlich am Ende des langen Ganges ein Streichhölzchen aufflammte.

Der Schatten einer weiblichen Gestalt erschien in dem matten Lichtkreis einer Kerze, ein feiner, goldener Reflex blitzte verräterisch von einer blonden Haarsträhne auf.

Es war Hella, die dort am letzten Korridorfenster stand und regnungslos in den nächtlichen Park hinausspähte, das blasse Gesicht mit einem Ausdruck starrer Aufmerksamkeit gegen die Scheiben gepreßt.

Jetzt erhob sie die Kerze hoch gegen das Fenster und bewegte sie langsam im Kreise.

Dann war das Licht auf einmal wieder erloschen und alles still und dunkel wie zuvor. — —

Dr. Reinwaldt stand wie gebannt.

All seine Sinne waren auf das äußerste gespannt.

Mit lautlosen Schritten schlich er dicht an der Wand den Korridor hinab.

Seine Augen bohrten sich krampfhaft in die Dunkelheit, bis sich ihm diese mit allerlei weißen Punkten und bunten Ringen zu füllen begann.

Doch nirgends eine Spur der Gesuchten.

Der ganze Korridor war leer. Hella mußte ihn auf der Seitentreppe ganz am Ende verlassen haben und sich jetzt schon im Erdgeschoß befinden.

In diesem Moment fiel sein Blick durch das Fenster, an dem sie soeben gestanden hatte.

Ein feiner Lichtschein schimmerte fern vom Park herauf aus der Richtung des Kavalierhauses.

Sollte Alsleben . . . .

Wie ein Blitzstrahl zuckte der Gedanke auf einmal vor ihm nieder. Alsleben!

Ihm allein konnte dies seltsame nächtliche Lichtsignal gegolten haben.

Hella und Alsleben!

Nur mühsam ordneten sich Dr. Reinwaldts Gedanken.

Die Ueberraschung war so groß, daß er unwillkürlich mit beiden Händen an der Korridorwand nach einem Stützpunkt suchte.

Das also war des Rätsels Lösung, darum diese fremdartige, geheimnisschwangere Spannung, die in der ganzen Zeit schon wie ein drohendes Gewitter über Pahlowitz lastete.

Dann stand er mit klopfenden Herzen in dem dunklen Speisesaal und tastete sich zwischen den wohlbekannten Möbeln zur Veranda hindurch.

Wie er so schnell dorthin gekommen war, er wußte es selbst nicht.

Er hatte nur den einen Gedanken, daß er sich Gewißheit schaffen und der blonden Sünderin die Maske vom Gesicht reißen mußte, wenn sie es wirklich wagen sollte, zu dieser Stunde ihren Geliebten aufzusuchen. — —

Als Dr. Reinwaldt die Verandatür öffnete, trat gerade die Sichel des zunehmenden Mondes an dem leicht bedeckten Himmel heraus und warf ein unsicheres Licht über das große Rasenrondell vor der Schloßterrasse.

Sich vorsichtig im Schatten der Glycinien haltend, kam er die Verandatreppe hinab und schlich sich auf Zehenspitzen zu dem Seitenportal des rechten Schloßflügels hinüber.

Die Tür war nur angelehnt und der Schlüssel steckte von innen im Schloß.

Es war außer allem Zweifel, daß jemand mitten in der Nacht über die Seitentreppe das Haus verlassen hatte.

Ein paar Herzschläge lang stand Dr. Reinwaldt überlegend, dann nahm er mit raschem Entschluß den Weg zur Buchenallee.

Der Mond hatte sich wieder hinter einer Wolke verborgen, alles war still und dunkel weit und breit.

Nur das Licht des Kavalierhauses schimmerte wie ein Wegweiser durch die einsame Nacht.

Zuweilen rannte er in der Finsternis gegen einen unsichtbaren Baum.

Eine Maus sprang ihm über den Fuß und raschelte im dürren Unterholz.

Und dann auf einmal funkelte das weiche Nachtblau des Himmels wieder zwischen den hohen Buchenkronen hindurch.

Der Parkweg öffnete sich.

Und wie ein schattenhaftes Gebilde wuchs der lange Bau des Kavalierhauses in dem blühenden Wiesenland vor ihm auf.

Das erste Querfenster neben dem Eingangsportal stand weit geöffnet.

Eine Lampe brannte friedlich auf dem mächtigen Arbeitstisch und beleuchtete das scharfprofilierte Gesicht Alslebens, der eifrig schreibend vor seinen Rechnungsbüchern saß.

Er war allein.

Langsam kam Dr. Reinwaldt den Wiesenweg entlang, von dem ein betäubender Duft wie eine Opfergabe der sommerlichen Erde süß und schwer zu dem nächtlichen Himmel emporstieg.

Es war so still, daß er seinen eigenen Herzschlag zu hören meinte.

Nur das unablässige Schrillen der Zikaden hing wie ein einziger leiser langgedehnter Ton über dem tauigen Blütenwald.

Jetzt stand er dicht am Hause im Schatten eines Goldregenbusches und lauschte mit verhaltenem Atem.

In diesem Augenblick knirschte ein Steinchen unter seinem Fuß.

„Wer ist da?" fragte seine tiefe Stimme ruhig und furchtlos in die Nacht hinaus.

„Guten Abend, Herr von Alsleben."

Dr. Reinwaldt, dem jetzt ein offenes Vorgehen das Richtigste schien, war raschen Schrittes in den Lichtkreis der Lampe getreten.

„Mein Gott, Herr Dr. Reinwaldt!"

Alsleben hatte sich halb von seinem Stuhl erhoben und beugte sich erstaunt über den Schreibtisch.

„Was treiben Sie denn zu dieser mitternächtlichen Stunde hier noch im Park? Und wie sehen Sie eigentlich aus? Ist Ihnen die weiße Frau von Pahlowitz begegnet?"

„Ja, so etwas Aehnliches", versetzte der kleine Doktor mit einem schwachen Versuch zu scherzen, während er seiner Stimme vergebens Sicherheit und Festigkeit zu geben suchte. „Wollten Sie schon schlafen gehen, oder kann ich bei Ihnen noch eine kleine Zigarre rauchen?"

„Aber selbstverständlich, lieber Doktor! Kommen Sie nur herein. Das Haus steht offen. Auf dem Lande schließt man ja keine Türen."

„Zuerst will ich Ihnen einen Kognak geben", fuhr er dann lebhaft fort, als der späte Gast in dem großen Klubsessel am Schreibtisch Platz genommen hatte. „Sie sind ja noch immer ganz blaß und verstört."

„Ich fühle mich nicht wohl und unternahm darum noch einen kleinen Spaziergang durch den Park", sagte Dr. Reinwaldt, mit dem Taschentuch ein paar feine Schweißperlen von der Stirn tupfend. „Da sah ich bei Ihnen noch Licht und ließ mich davon anziehen wie eine leichtsinnige Motte."

(Fortsetzung folgt.)

landes übersteigen. Solche Preise seien in der Regel weder durch die Rohstoff- und Herstellungskosten, noch durch die Geldentwertung gerechtfertigt. Dieses Verbrechen am Volke soll aufs schärfste bekämpft werden. Die zuständigen Stellen sind angewiesen, Schuldige ohne Nachsicht der Bestrafung zuzuführen.

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 26. November. Die deutschen Vertreter, die zu den Reparationsverhandlungen hierher gekommen waren, sind bis auf den Präsidenten der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer wieder zurückgereist. Die Reparationskommission hat ihre Sitzung auf Dienstag angesetzt und sie wird nunmehr, da das sogenannte Verhör der Deutschen beendet ist, ihre eigene Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit eröffnen.

Unwetter und Nebel in England.

London, 26. November. Über Ostschottland und Nordengland ist in den letzten Tagen ein schweres Unwetter niedergegangen, dem Frost und Nebel folgten. Auch London und die südlichen Grafschaften liegen heute noch in schweren Nebel eingehüllt. Straßenunfälle sind jedoch trotz des erschwerten Verkehrs nicht zu melden. Längs der englischen Südküste ist die Schiffahrt infolge des Nebels völlig zum Stillstand gekommen.

Republikanische Demonstrationen.

Athen, 26. November. Am Sonntagnachmittag fand hier eine große Kundgebung zugunsten der Republik statt, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Die Manifestanten durchzogen die Straßen der Stadt unter dem Ruf: „Nieder mit dem König!" Es kam jedoch zu keinerlei Zwischenfällen.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk.

Börsenplätze	26. 11. gesucht	26. 11. angeb.	24. 11. gesucht	24. 11. angeb.
Holland 1 Guld.	1 596 000	1 604 000	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	738 150	741 850	728 075	731 925
Schweden 1 Kr.	1 109 220	1 114 780	1 105 230	1 110 770
Norwegen 1 Kr.	618 450	621 550	618 450	621 550
Finnland Mark	111 720	112 280	111 720	112 280
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**1189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	17 955 000	18 045 000	17 955 000	18 045 000
Schweiz 1 Fr.	730 170	733 830	730 170	733 830
Frankreich 1 Fr.	227 430	228 570	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	195 510	196 490
Italien 1 Lira	181 545	182 455	179 550	180 450
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	58 653	58 947	58 653	58 947
Ungarn 1000 Kr.	217 455	218 545	217 455	218 545

Deutsche Werte am 26. November.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen . . .	keine Notierung
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich .	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10 „ „
Eine Goldmark	1000 „ „

Eine Goldmark, umgerechnet über den amtlichen Berliner Briefkurs für Auszahlung Newyork (1 Dollar 4 210 500 Millionen) gleich 1 002 500 Millionen.

* Freigabe der Getreideausfuhr aus Rumänien. Das Ministerium beschloß nach den Vorschlägen des obersten Landwirtschaftsrates, den Export von Weizen, Roggen und ihren Saaten, sowie von Luzerne vollständig freizugeben. Der Zeitpunkt, an welchem diese Ausfuhrfreiheit in Kraft treten soll, wird noch bekanntgegeben werden.

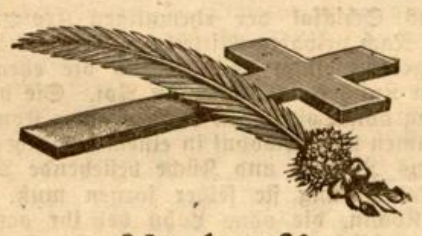
* Ostdevisen wurden von der halbamtlichen Kommission in Berlin am 26. November wie folgt festgesetzt: Bukarest 20 895 M. 21 105 M.; Kattowitz 1333 T. 1367 T.; Riga 16 872 M. 17 128 M.; Reval 11 910 M. 12 090 M.; Kowno 415 800 M. 424 200 M.; lett. Rubel 16 087 M. 16 913 M.; estn. Mark 11 310 M. 11 890 M.; Litauen 404 985 M. 407 015 M.

* **Berliner Produktenbörse** vom 26. November 1923. Amtlich festgesetzte Preise. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark): Weizenmärkischer 188—191, schles. 187—190. Matter. Roggen märkischer 173—176—175. Matter. Gerste, Sommergerste 177—181. Unverändert. Hafer märkischer 160—162. Ruhig. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 32 bis 34. Unverändert. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 30—32. Unverändert. Weizenkleie frei Berlin 7,50—7,80, Roggenkleie frei Berlin 7,60—7,80, Raps 320—330. Ruhig. Viktoriaerbsen 43—52, kleine Speiseerbsen 33—36, Peluschken 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13 bis 13,50, Trockenschnitzel 8, Torfmelasse 30-70 7,50—8, Kartoffelflocken 16—16,50.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. (In Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1,00, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,90, handelsübl. Heu 0,80—0,90, gutes Heu 1,10—1,20.

Berlin, 27. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Nachruf!

Am Totensonntag verschied der Teilhaber und Mitbegründer unseres Unternehmens

Herr Sanitätsrat

Dr. med. Friedr. Deisting.

Der Entschlafene hat in seiner rastlosen, aufopferungsvollen Tätigkeit sein tiefes Wissen auch unserer Firma beratend zur Verfügung gestellt. Sein offenes, mannhaftes Wesen, seine edle Denkungsart, sein nimmermüdes Eintreten für die Gesellschaft soll uns unvergesslich sein, und das Gedächtnis an den Verstorbenen wird bei uns fortleben.

Kierspe, den 26. November 1923.

Dr. Deisting & Co.
Gesellsch. mit beschr. Haftung.

Für unser Hauptbüro suchen wir ein

Lehrfräulein

per sofort oder später

Aluminium- u. Metallwerke Degenhardt & Sippel, Halver i. Westf.

Wegen Einführung der Doppelschicht stellen vorläufig 4—6 junge

Mädchen,

sowie 4—5

Arbeiter

für die Hölzerfabrikation ein

Sauerländ. Bürstenfabrik Gebr. Lange,
Oberbrügge.

Freitag morg. erhalte ich



Kühe

Hugo Kerspe, Halver
Telefon 52.

Briefkasetten

mit und ohne Druck empfiehlt

Wilhelm Bell jr. Halver.

Bekanntmachung.

In der Strafsache gegen den **Ingenieur Paul Falkenroth in Schalksmühle** wegen **Steuerhinterziehung** — Strafsachennachweisung Nr 322/23 — wird nachstehender Strafbescheid bekanntgegeben:

Strafbescheid.

Gegen den **Ingenieur Paul Falkenroth in Schalksmühle** wird wegen der Beschuldigung, in der Zeit nach dem 28 2. 1923 zu Schalksmühle die Steuer für die Benutzung von zwei Personenkraftwagen (Kraftfahrzeugsteuer) sowie die Rhein-Ruhr-Abgabe von zwei Personenkraftwagen hinterzogen zu haben. —

— Zuwiderhandlung gegen § 13 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 8. 4 1921 und Artikel IV § 4 des Gesetzes über die Erhebung einer außerordentlichen Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung (Rhein-Ruhr-Abgabe) v 11. 8. 1923 in Verbindungmit § 359 der Reichsabgabenordnung — eine Geldstrafe von 6040 Goldmark — in Buchstaben Sechstausendundvierzig Goldmark — festgesetzt Kann die Strafe nicht beigetrieben werden, so wird sie in Freiheitsstrafen umgewandelt.

Zugleich werden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt

Die Bestrafung ist auf Kosten des Genannten bekanntzumachen

Aus den Entscheidungsgründen:

Der Verpflichtung zur Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer wie der Rhein-Ruhr-Abgabe für beide Kraftwagen ist der Beschuldigte bezw. die von ihm vertretene Firma Carl Falkenroth-Söhne nicht nachgekommen, obgleich ihm diese Verpflichtung durchaus bekannt war. Die Firma Carl Falkenroth-Söhne besaß am Stichtage für die Rhein-Ruhr-Abgabe noch einen weiteren Personenkraftwagen für den sie die Kraftfahrzeugsteuer sowohl wie insbesondere auch die Rhein-Ruhr-Abgabe rechtzeitig gezahlt hat Der Beschuldigte konnte keinen Augenblick darüber im Unklaren sein, daß alle iom und der Firma Carl Falkenroth-Söhne gehörenden Personenkraftwagen sowohl der Kraftfahrzeugsteuer wie der Rhein-Ruhr-Abgabe unterlagen Er unterließ jedoch die Versteuerung in der bewußten Absicht, die Steuer zu hinterziehen In dieser Absicht allein hat er es zunächst unterlassen, für beide Wagen die Zulassung gemäß § 5 der Verordnung über Kraftfahrzeuge vom 15 3 1923 — R G. Bl. S 175 — beim Regierungspräsidenten in Arnsberg zu beantragen Darnach aber ist er selbst davor nicht zurückschreckt, die beiden ihm für die Ueberführung der beiden Wagen nach Schalksmühle von der Firma Jürgens, Marlinghaus & Co in Hagen zur Verfügung gestellten Zulassungsbescheinigung für Probefahrzeuge durch Aenderung der von der Firma Jürgens, Marlinghaus & Co bewirkten Eintragungen so zu verfälschen, daß im Zusammenhang mit den an den Wagen angebrachten roten Kennzeichen beide Wagen nach außen hin als Probefahrzeuge der Firma Jürgens, Marlinghaus & Co erschienen. Da dem Beschuldigten in seiner Eigenschaft als Gesellschafter der Automobilfirma Jürgens, Marlinghaus & Co bekannt war, daß Probefahrzeuge der Automobilhändler der Kraftfahrzeugsteuer nur zu einem verschwindend geringen Betrage, der Rhein-Ruhr-Abgabe überhaupt nicht unterliegen, ist es als erwiesen anzusehen, daß die Fälschungen zum Zwecke der Steuerhinterziehung bewirkt sind Wie gut gerade der Beschuldigte über die Steuervorschriften bei Kraftfahrzeugen unterrichtet ist, beweist der Umstand, daß er schon beim Erwerbe des Presto-Wagens geradezu raffiniert alle erforderlichen Schritte unternahm, die beim etwaigen Weiterverkauf dieses Wagens fällig werdende Luxussteuer zu hinterziehen

Der Beschuldigte hat sich somit im vollen Bewußtsein der Hinterziehung sowohl der Kraftfahrzeugsteuer wie auch der Rhein-Ruhr-Abgabe von Kraftfahrzeugen in zwei Fällen schuldig gemacht Verschärft wird die strafbare Handlung einmal durch die ungewöhnlich raffinierte und gewissenlose Art des gesamten mit der Hinterziehung zusammenhängenden Vorgehens zum andern dadurch, daß auch nicht der geringste Grund dafür vorliegt, anzunehmen, daß Not oder Bedrängnis den Beschuldigten zu der strafbaren Handlung genötigt hätten. Der Beschuldigte steht im besten Lebensalter, befindet sich in außergewöhnlich guten Vermögens- und Einkommensverhältnissen, hat 3 Luxusautos zu seiner Verfügung und ist in der Lage zu gleicher Zeit mit dieser Steuerhinterziehung den von ihm geleiteten Fabrikbetrieb seiner Mutter um das Mehrfache seines bisherigen Umfanges durch kostspielige Neubauten zu vergrößern. Krassester Eigennutz allein nur war es, der ihn veranlaßte, zu einer Zeit schwerster Bedrängnis der überwiegenden Mehrheit des Deutschen Volkes unter Anwendung von strafbaren Mitteln, über die der Strafrichter noch zu entscheiden haben wird, Abgaben zu hinterziehen, von denen er wußte, daß sie in der Hauptsache dazu bestimmt waren, den kämpfenden Volksgenossen an Rhein- und Ruhr den Rücken zu stärken.

Mit Rücksicht hierauf ist auf die höchst zulässige Strafe erkannt worden.

Lüdenscheid, 10 November 1923.

Finanzamt: gez. Dr. Plew.



Nachruf!

Am 25. November 1923 ist unser langjähriger Kassenarzt

Herr Sanitätsrat

Dr. Deisting

verschieden.

Der Verstorbene war seit dem Bestehen unserer Kasse, fast vierzig Jahre, als Kassenarzt tätig und hat während dieser langen Zeit vielen tausenden Kranken Hilfe und Heilung gebracht.

Dem Rufe der Kranken zu folgen, war ihm kein Weg zu weit; jeder Zeit, bei Tage und in der Nacht, bei jedem Wetter war er bereit, seinen ärztlichen Pflichten zu genügen.

Der Kasse selbst war der Entschlafene ein treuer Berater, gern holte die Kasse in wichtigen Fragen seine Ratschläge ein, stets arbeitete er Hand in Hand, mit ihr, zu ihrem Wohle.

Durch sein Ableben verliert die Kasse einen tüchtigen unermüdlichen Arzt, dem sie stets ein treues Gedenken bewahren wird.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Schuster, Vorsitzender.

Die vom Amt Halver ausgegebenen **Lohnschecks** über 10, 20, 50, 100, 200 und 500 **Milliarden Mark** rufe ich hierdurch mit dem Hinzufügen zur Einlösung auf, daß die Lohnschecks vier Wochen vom Tage der Ausgabe dieser Zeitungsnummer ab ihre Gültigkeit verlieren.

Ich bitte, die Lohnschecks möglichst sofort der Sparkasse im Verrechnungswege zuzuführen.

Halver, 26. November 1923. **Der Amtmann.**

Oeffentl. Bekanntmachung.

Die **4. Rate der Landabgabe ist spätestens am 1. Dezember** zahlbar Einzahlungen oder Ueberweisungen sind an die Finanzkasse, die ab 26 November wieder täglich von 8—12 Uhr geöffnet ist, zu leisten (Postscheckkonto 56969 Hannover) Die Umrechnungssätze sind bei den **Postanstalten** und **Posthilfsstellen** ausgehängt.

Lüdenscheid, den 26 November 1923.

Finanzamt,
Dr Plew, Regierungsrat

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug ist ab 25 11. 1923 auf **700000**, unverändert, festgesetzt Der Multiplikator für Sachbezüge ist unverändert.

Lüdenscheid, den 27. November 1923.

Finanzamt,
Dr. Plew, Regierungsrat.

Allg. Ortskrankenkasse der Gem. Halver

Ausschußsitzung

am **Sonntag, den 2. Dezember 1923,** nachmittags 2 Uhr im Lokal Fasbender.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kassenprüfer.
2. Festsetzung des Voranschlages für 1924.
3. Verschiedenes.

Der Vors. des Vorstandes.

Milchversandscheine

— **mit und ohne Namenaufdruck** —
liefert schnell und billigst

Wilh. Bell jr., Halver.

Abreiß-Kalender

1. Januar 1924

empfiehlt

Wilhelm Bell jr.,
Halver i. Westf.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29

Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14.

NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Körtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965

Automobil-Lackierungen

Polsterungen, Karosserie, Reparaturen und Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen
Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
1445 Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
— Feinste Referenzen der ersten Herrschaften. —